

**Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,**

Die Beschlussvorlage 051/09 ist nach unserer Auffassung nicht beschlussreif. Sie ist eine Gegenvorlage der Verwaltung zur bisher nicht behandelten Vorlage 086/08 vom 19.05.2008, der Fraktionen SPD, VUB, DIE LINKE und GGZ.

Die von uns geforderte Stellungnahmen der Rektorin, der Lehrerschaft und der Schulkonferenz zu den konträren Erweiterungsvarianten liegt noch immer nicht vor obwohl die Verwaltung seit der letzten Stadtverordnetensitzung weitere fünf Wochen Zeit hatte diese einzuholen. Wenn, wie die Bürgermeisterin behauptet, ihr gegenüber die vorgenannten Gremien mündlich erklärt haben, dass die Erweiterung in der Pavillionvariante der Anbauvariante, wie sie in der BV 086/08 vorgeschlagen wurde, vorzuziehen sei, sollte es doch möglich sein diese Stellungnahmen heute endlich vorzulegen. Die Bürgermeisterin provoziert mit der Nichtvorlage der schriftliche Stellungnahmen Zweifel an der Redlichkeit ihrer eigenen Aussagen.

Die Stellungnahme der Rektorin, der Lehrerschaft und der Schulkonferenz ist äußerst wichtig für die Variantenfindung. Nicht ob, sondern in welcher Variante der Erweiterungsbau erfolgen soll, ist strittig.

Der erforderliche Erweiterungsbau muss so erfolgen, dass er heutigen und absehbaren Erfordernissen, wie den einer möglichen Ganztagschule gerecht wird. Hierbei sollte die Stadtverordnetenversammlung bei ihrer Entscheidungsfindung nicht leichtfertig auf den Sachverstand der schulischen Gremien verzichten. In erster Linie sind sie es, die uns, auf Grund ihrer täglichen Erfahrungen, erklären können ob auch unter dem Gesichtspunkt Ganztagschule das Raumkonzept aufgeht. Entsprechend der vorliegenden Unterlagen muss ich davon ausgehen das ein Großteil der Räume, im Fall einer Ganztagschule, zweifach genutzt werden muss – als Unterrichtsraum und für die Zeit nach dem Unterricht. Ob das klug ist, möchte ich von den schulischen Gremien jetzt hören und nicht erst wenn der Anbau erfolgt ist. Die Beschlussvorlage der Fraktionen konnte für außerunterrichtliche Maßnahmen Räume anbieten. Der Vorschlag der Verwaltung ist nach unserer Auffassung der klammen Stadtkasse geschuldet, nicht den Erfordernissen an eine optimale Schulausstattung. Diese ist neben der Qualität der Wissensvermittlung ausschlaggebend für die Attraktivität und Akzeptanz einer Schule. Gerade hierbei besteht für den Schulstandort Wünsdorf ein nachhaltiger Handlungsbedarf.

Konrad Tschorn  
Fraktion DIE LINKE